

HAT EINE 4. WELTKONFERENZ DER KOMMUNISTISCHEN PARTEIEN VERWIRKLICHUNGSCHANCEN?

Oskar Weggel

Seit Anfang Dezember 1973 mehren sich im Ostblock die Stimmen für eine Weltkonferenz der Kommunisten, die nach den Vorgängerversammlungen von 1957, 1960 und 1969 zu einer 4. "Moskauer Beratung von Vertretern der Kommunistischen und Arbeiterparteien" würde (1). Das Projekt eines solchen Weltkonzils aller kommunistischen Parteien erfordert freilich noch langwierige Vorbereitungen. Auch ginge es darum, alle jene Parteien auf die Einladungsliste zu bekommen, die dem Moskauer Treffen von 1969 auf so spektakuläre Weise ferngeblieben waren, nämlich die KP's von Jugoslawien, Korea und Vietnam.

Eine 4. Weltkonferenz müßte sich wahrscheinlich noch bescheidenere Ziele setzen als ihre drei Vorgänger-"Beratungen". Von vornherein scheidet die Wiedererrichtung einer Führungszentrale des Weltkommunismus (nach dem Schema der Komintern) aus. Auch eine ständige Koordinierungs- und Informationszentrale, wie sie das Kominform (1947 - 1956) gewesen war, kommt angesichts des heutigen Polyzentrismus im Weltkommunismus nicht mehr in Frage.

Blieben als residuale Ziele eigentlich nur noch die Ausstoßung der chinesischen Kommunisten aus der Weltbewegung und die abermalige Analyse der Weltsituation und des globalen Kräfteverhältnisses sowie die erneute Bekräftigung der internationalen "Aktionseinheit". Die Aktionseinheit mit den meisten KP's könnte zwar - zumindest verbal - erreicht werden, wenn auch nur nach endlosem Kompromisseschießen. Die formelle Ausstoßung und öffentliche Verdammung Chinas dagegen ist heute wohl genauso undiskutabel wie bereits 1969. Vor allem dürfte ein solcher Akt schon in der Vorbereitung auf den entschlossenen Widerstand verschiedener einflußreicher KP's stoßen, vor allem der rumänischen, der italienischen, der jugoslawischen und der kubanischen KP.

I. Die organisatorische Ahnengalerie der heutigen Moskauer "Beratungen"

Die Kommunistische Weltbewegung hat eine ehrwürdige Tradition. Ihr erstes programmatisches Dokument war von keinem Geringeren als von Karl Marx selbst verfaßt, und zwar in Form des Manifests der Kommunistischen Partei. Die 1864 gegründete I. Internationale, in der Marx und Engels führend tätig waren, ist als erste internationale revolutionäre Massenorganisation der Kommunistischen Weltbewegung anzusehen. Mitglieder aus 13 Ländern Europas, den USA und Australiens waren damals bereits vertreten.

1889 kam es zur Gründung der II. Internationale, die jedoch zusammenbrach, als die deutschen Sozialdemokraten sich 1914 hinter die Kriegspläne des Reiches stellten.

Nach dem Sieg der Oktoberrevolution im Jahre 1917 war es dann so weit, daß nun in der Sowjetunion eine III. Internationale gegründet werden konnte, die unter der Bezeichnung "Komintern" die Grundzüge der Strategie und Taktik des Weltkommunismus entwickeln und damit zu einer Art Generalstab der Kommunistischen Weltbewegung werden sollte.

Die Komintern wirkte bis zum Kriegsausbruch im Jahre 1939 und hielt insgesamt 7 große Kongresse (1919, 1920, 1921, 1922, 1924, 1928, 1935; daneben 13 Plenumsitzungen) ab.

Eine Art Nachfolgerschaft der Komintern trat das Kommunistische Informationsbüro (Kominform) an, das 1947 gegründet wurde, 4 globale Treffen abhielt (1947, 1948, 1948, 1949), schließlich aber, nach dem Tode Stalins (1953), nach der Gründung des COMECON und des Warschauer Paktes (1955), vor allem aber im Interesse einer sowjetisch-jugoslawischen Wiederannäherung 1956 aufgelöst wurde. (Zu erwähnen wäre hier noch, daß auch eine "IV. Internationale" (Trotzkisten) nach wie vor existent ist, die von den meisten KP's allerdings als Paria betrachtet wird (1a).

Die Komintern hatte noch die Aufgabe, sozusagen generalstabsmäßig die Weltrevolution von einem einzigen Zentrum aus zu leiten. Das Kominform war nur noch ein schwacher Abglanz dieses an vielen Enttäuschungen gescheiterten Revolutionsinstruments.

Die Auflösung des Kominform bedeutete keineswegs, daß damit der Gedanke einer kommunistischen Weltbewegung ganz erloschen war. Nach wie vor existierten eine Reihe internationaler Frontorganisationen, die entweder direkt kommunistisch inspiriert oder aber kommunistischen Zielen vorgespannt waren: Bereits die Komintern hatte fünf solcher Frontorganisationen gegründet, die allerdings die zwanziger Jahre nicht überlebten, nämlich die Kommunistische Jugendinternationale, die Rote Internationale der Gewerkschaft, die Rote Sportinternationale, die Internationale Organisation zur Unterstützung für Revolutionäre und den Internationalen Bauernkongreß, bekannt auch als "Bauerninternationale". Kommunistisch inspirierte Organisationen neueren Datums waren die "Internationale Vereinigung Demokratischer Juristen" (gegründet 1946), die "Internationale Organisation der Journalisten" (gegr. 1946, die "Internationale Studenten-

union" (gegr. 1946), die "Internationale Demokratische Frauenvereinigung" (gegr. 1945), der "Weltfriedensrat" (1948), die "Weltvereinigung der Demokratischen Jugend", die die Weltjugendfestspiele abhält (gegr. 1945), "Die Weltvereinigung der Wissenschaftlichen Arbeiter" (gegr. 1946) und der "Weltgewerkschaftsbund" (gegr. 1945).

Wenngleich diese Vereinigungen und Organisationen über fast alle Bereiche des sozialen Lebens ausgefächert waren, konnten sie, sowohl zusammengefaßt als auch jeweils für sich genommen, keinesfalls beanspruchen, die Kommunistische Weltbewegung als solche zu repräsentieren. Diese Legitimation konnte nur eine Weltinstitution erbringen, in der die kommunistischen Parteien selbst zu einer, wenigstens lockeren, Aktionsgemeinschaft zusammengeschlossen waren, die freilich angesichts der weltweiten Sonderentwicklungen keineswegs mehr die zentralen Integrations- und Steuerungsfähigkeiten einer Komintern beanspruchen konnte.

Zu einer solchen weltumspannenden Sammlung der KP's kam es schließlich 1957 in Form einer sogenannten "Internationalen Beratung der kommunistischen und Arbeiterparteien". Die zweite Weltkonferenz dieser Art fand 1960 statt, die dritte 1969. Tagungsort war stets die sowjetische Hauptstadt.

Ziel dieser Konferenzen war es, die Einheit des Weltkommunismus sowohl in der Lehre wie in der Aktion zu betonen, keineswegs aber eine einheitlich gelenkte "Weltpartei" mit einer ständigen Koordinierungs- und Informationszentrale (à la Kominform) zu gründen, geschweige denn eine Kommandozentrale (à la Komintern) wiederzuerrichten.

Die offizielle Begründung für diese Zielsetzung lautete:

Nach Auflösung des Kominform gab es keine Weltbewegung der Kommunisten mehr, die formal zu einer statutenmäßigen Organisation zusammengefaßt wäre. "Unter den heutigen Bedingungen haben die Beziehungen zwischen den kommunistischen Parteien neue Formen angenommen: zweiseitige Kontakte, regionale Treffen und internationale Beratungen" (2).

II. Die bisherigen 3 Moskauer "Beratungen" der kommunistischen Parteien - und die chinesische Stellungnahme

In Abschnitt 1 bis 3 sind nachfolgend die wichtigsten Punkte der "Beratungs"-Ergebnisse herauszustellen. Es ist alles andere als einfach, aus den redseligen Dokumenten die Grundgedanken herauszuschälen. Immerhin umfaßte die Erklärung von 1957 rd. 3000, die Deklaration von 1960 rd. 5000 und das "Hauptdokument" von 1969 nicht weniger als rd. 15 000 Worte.

In Abschnitt 4 folgt sodann die chinesische Stellungnahme Pekings zu den einzelnen Beratungen.

1. Die Erklärung von 1957 gliedert sich in vier Hauptteile:

- Abschnitt I bringt eine Angabe zum "Hauptinhalt unserer Epoche". Er besteht im "Übergang vom Kapitalismus zum Sozialismus, der durch die Große Sozialistische Oktoberrevolution in Rußland eingeleitet wurde", und der dazu geführt hat, daß "bereits jetzt mehr als ein Drittel der Erdbevölkerung - über 950 Mio. Menschen - den Weg des Sozialismus eingeschlagen hat und ein neues Leben aufbaut" (3).

Der Imperialismus, an dessen Spitze die USA stehe, habe seine Herrschaft über den größten Teil der Menschheit verloren. Die Gefahr von Aggressionskriegen sei freilich immer noch vorhanden. Unter diesen Umständen sei die Frage "Krieg oder friedliche Koexistenz zum Grundproblem der Weltpolitik geworden". Gleichzeitig aber sind "gegenwärtig die Kräfte des Friedens dermaßen gewachsen, daß die reale Möglichkeit besteht, einen Krieg zu verhüten" (4). Dafür sorgen die sozialistischen Staaten, die antiimperialistisch eingestellten Länder Asiens und Afrikas, die internationale Arbeiterklasse, die Befreiungsbewegung der Völker in Kolonien und Halbkolonien, die Massenbewegung der Völker für den Frieden usw. Der "Friedenskampf" ist zur vordringlichsten Aufgabe geworden (5).

- Abschnitt II: Zusammenschluß der sozialistischen Staaten mit der Internationalen Arbeiterbewegung, der Nationalen Befreiungsbewegung und der Demokratischen Bewegung Proletarischer Internationalismus zwischen den sozialistischen Ländern.....

- Abschnitt III: Die Frage des Überganges zum Sozialismus: Zwar müsse jedes Land den Übergang zum Sozialismus aufgrund seiner nationalen Besonderheiten vollziehen (Zugeständnisse an die Autonomisten!). Gleichzeitig sei dabei jedoch "eine Reihe von grundlegenden Gesetzmäßigkeiten" zu beachten, "die allen Ländern eigen sind, welche den Weg des Sozialismus einschlagen (Zugeständnisse an die Zentralisten). "Solche allgemein gültigen Gesetzmäßigkeiten sind: die Führung der werktätigen Massen durch die Arbeiterklasse, deren Kern die marxistisch-leninistische Partei ist.....; das Bündnis der Arbeiterklasse mit der Hauptmasse der Bauernschaft u.a. Schichten der Werktätigen; die Beseitigung des kapitalistischen Eigentums und die Herstellung des gesellschaftlichen Eigentums an den wichtigsten Produktionsmitteln; die allmähliche sozialistische Umgestaltung der Landwirtschaft; die planmäßige, auf den Aufbau des Sozialismus und Kommunismus und auf die Hebung des Lebensstandards der Werktätigen gerichtete Entwicklung der Volkswirtschaft; die Verwirklichung der Sozialistischen Revolution auf dem Gebiet der Ideologie und Kultur und einer der Sache des Sozialismus ergebenen zahlreichen Intelligenz; die Beseitigung der nationalen Unterdrückung und die Wiederherstellung von Gleichberechtigung und brüderlicher Freundschaft zwischen den Völkern; der Schutz der Errungenschaften des Sozialismus gegen die Anschläge äußerer und innerer Feinde; die Solidarität der Arbeiterklasse des gegebenen Landes mit der Arbeiterklasse der anderen Länder, d.h. der Proletarische Internationalismus"(6). Weder die allgemeinen Gesetze noch die nationalen Besonderheiten dürften einseitig übertrieben werden.

Man sei sich ferner darüber einig, "daß die Machtergreifung für die Arbeiterklasse erst der Beginn der Revolution und nicht deren Vollendung ist". Es dauere "eine ziemlich lange Zeitspanne", ehe "die Lösung der Frage, wer wen? - Kapitalismus oder Sozialismus?" entschieden ist. Der bürgerliche Einfluß sei die innere Quelle des Revisionismus, Kapitulantentum gegenüber dem Druck des Imperialismus eine äußere Quelle. Vor allem gegen den Revisionismus gelte es hier anzukämpfen.

- Abschnitt IV: Frage nach den Formen des Übergangs vom Kapitalismus zum Sozialismus:

Die Arbeiterklasse sei zwar bestrebt, die Sozialistische Revolution mit friedlichen Mitteln durchzuführen und die Staatsmacht ohne Bürgerkrieg zu erobern. Hierbei komme es darauf an, das Parlament aus einem Werkzeug der Bourgeoisie in ein Instrument des schaffenden Volkes zu verwandeln und gleichzeitig einen außerparlamentarischen Massenkampf zu entfalten.

"Für den Fall aber, daß die Ausbeuterklassen dem Volk gegenüber Gewalt brauchen sollten, muß man den nicht-friedlichen Übergang zum Sozialismus im Auge haben". Maßgebend seien hierbei die konkreten historischen Verhältnisse.

2. Die "Erklärung" der 81 Kommunistischen Parteien vom November 1960 ist weitaus umfangreicher als das "Friedensmanifest" von 1957. Sie gliedert sich in sechs große Abschnitte.

- Abschnitt I: "Treue zur Erklärung und zum Friedensmanifest von 1957" (7).

- Abschnitt II: Weitere Fortschritte des Sozialistischen Weltsystems (Erfolge der einzelnen sozialistischen Staaten werden beim Namen genannt. Bestätigung des Grundsatzes von 1957 (dort III), daß es allgemeingültige Gesetze des Übergangs zum Sozialismus gebe und daß die "Rolle der nationalen Besonderheiten nicht übertrieben" werden dürfe. Nationalismus und nationale Beschränktheiten seien zu überwinden.

- Abschnitt III: "Das brennendste Problem unserer Zeit ist das Problem von Krieg und Frieden. Die Völker aller Welt wissen, daß die Gefahr eines neuen Weltkrieges noch nicht vorbei ist. Die Hauptkraft der Aggression und des Krieges ist der amerikanische Imperialismus Der Kampf gegen die Gefahr eines neuen Weltkrieges muß entfaltet werden, ehe die Atom- und Wasserstoffbomben zu fallen beginnen. Keine politischen, religiösen oder sonstigen Differenzen dürfen den Zusammenschluß aller Kräfte der Arbeiterklasse gegen die Kriegsgefahr verhindern. Bereits vor dem vollen Sieg des Sozialismus auf Erden, beim Fortbestehen des Kapitalismus in einem Teil der Welt, ergibt sich die reale Möglichkeit, den Weltkrieg aus dem Leben der Gesellschaft auszuschalten. Wenn man das Lenin'sche Prinzip der friedlichen Koexistenz und des wirtschaftlichen Wettbewerbs der sozialistischen mit den kapitalistischen Ländern zur Anwendung bringt". "Der Kurs auf die friedliche Koexistenz bedeutet Mobilisierung der Massen, tatkräftige Aktionen gegen die Feinde des Friedens. Friedliche Koexistenz der Staaten bedeutet im Gegensatz zu den Behauptungen der Revisionisten keineswegs den Verzicht auf den Klassenkampf. Die Koexistenz von Staaten unterschiedlicher Gesellschaftsordnung ist eine Form des Klassenkampfes zwischen Sozialismus und Kapitalismus. Friedliche Koexistenz von Staaten verschiedener Gesellschaftssysteme bedeutet jedoch keine Versöhnung der sozialistischen mit der bürgerlichen Ideologie." Verwirklichung der allgemeinen und vollständigen Abrüstung.

- Abschnitt IV: Die nationalen Befreiungsbewegungen machen immer größere Fortschritte. In den 15 Nachkriegsjahren seien in Asien und Afrika etwa 40 neue souveräne Staaten entstanden. Der volle Zusammenbruch des Kolonialismus sei unabwendbar. Es entstünden unter den jetzigen historischen Verhältnissen günstige internationale und innere Voraussetzungen für die Bildung eines unabhängigen Staates der Nationalen Demokratie (Definition dieses "Staats der Nationalen Demokratie": "Er verteidigt konsequent seine politische und wirtschaftliche Unabhängigkeit und kämpft gegen den Imperialismus und seine Militärblocks sowie gegen die Militärstützpunkte auf seinem Territorium; er kämpft gegen die neuen Formen des Kolonialismus und das Eindringen des imperialistischen Kapitals; er lehnt die diktatorischen und despotischen Methoden der Verwaltung ab; das Volk genießt die breitesten demokratischen Rechte und Freiheiten; das Volk besitzt die Möglichkeit, sich für eine Agrarreform und für die Verwirklichung anderer Forderungen nach demokratischen und sozialen Umgestaltungen sowie nach Mitbestimmung der Staatspolitik einzusetzen.")

- Abschnitt V: Zusammenarbeit mit den kommunistischen Arbeiterparteien in der ganzen Welt: "Die Kommunisten sehen in den sozialdemokratischen Werktätigen ihre Klassenbrüder. Sie arbeiten in den Gewerkschaften und den anderen Organisationen oft mit ihnen zusammen und kämpfen gemeinsam mit ihnen für die Interessen der Arbeiterklasse und des ganzen Volkes.

Was die Formen des Übergangs vom Kapitalismus zum Sozialismus anbelangt, so sind primär friedliche Mittel anzuwenden, doch darf auch der "nichtfriedliche Übergang zum Sozialismus" keineswegs aus dem Auge verloren werden (Bekräftigung der Erklärung von 1957, vgl. dort IV.).

- Abschnitt VI: Was die Kommunistische Weltbewegung selbst anbelangt, so ist sie "zur einflußreichsten politischen Kraft unserer Zeit, zum wichtigsten Faktor des gesellschaftlichen Fortschritts geworden." "Kommunistische Parteien wirken jetzt in 87 Ländern der Welt. Ihnen gehören mehr als 36 Mio. Menschen an. Das ist ein großartiger Sieg....." Allerdings bestehe immer noch die Gefahr des modernen Revisionismus, vor allem jugoslawischer Prägung. Es gelte daher, einen "entschiedenen Zweifrontenkampf zu führen: gegen den Revisionismus, der die Hauptgefahr bleibt, und gegen den Dogmatismus und das Sektierertum".

Gleichzeitig sei zu betonen, daß "alle marxistisch-leninistischen Parteien unabhängig und gleichberechtigt sind"..... Die von allen anerkannte Vorhut der Kommunistischen Weltbewegung war und bleibt die Kommunistische Partei der Sowjetunion als die erfahrenste und gestähltste Kolonne der internationalen kommunistischen Bewegung".

3. Im Hauptdokument der "Internationalen Beratung der Kommunistischen und Arbeiterparteien" vom Juni 1969, das den Titel trägt: "Die Aufgaben des Kampfes gegen den Imperialismus in der gegenwärtigen Etappe und die Aktionseinheit der Kommunistischen und Arbeiterparteien aller anti-imperialistischen Kräfte" finden sich folgende Feststellungen:

- Abschnitt I (Charakterisierung der gegenwärtigen Epoche):

Es habe sich in den letzten Jahren bestätigt, daß "unsere Epoche die Epoche des Übergangs vom Kapitalismus zum Sozialismus ist....., in der "der im Weltmaßstab bestehende Grundwiderspruch zwischen dem Imperialismus und dem Sozialismus sich vertieft" (8). Im Anschluß an diese Feststellung wird die Politik des amerikanischen Imperialismus in allen Teilen der Welt, vor allem in Vietnam, im Nahen Osten und Lateinamerika, analysiert, aber auch auf den "westdeutschen, den japanischen, britischen und französischen Imperialismus" aufmerksam gemacht. Diesen Negativentwicklungen gegenüber wird die positive Bilanz in den einzelnen sozialistischen Ländern hervorgehoben. Auch die Streiks und Massenkämpfe in den verschiedenen westlichen Industrieländern, vor allem in Frankreich, Italien, Spanien, England, Japan und Westdeutschland, sowie die Rassenbewegungen in den USA werden im einzelnen dargelegt. Aus all dem ergebe sich der Schluß, daß Kapitalismus und Imperialismus ständig mehr verfaulen, während die sozialistischen Kräfte als bestimmende Kraft zunehmen. Dies sei die entscheidende Tendenz im letzten Drittel unseres Jahrhunderts.

- Abschnitt II: (Den Kampf gegen den Imperialismus führen in unserer Zeit vor allem drei wichtige revolutionäre Kräfte - das sozialistische Weltsystem, die Internationale Arbeiterklasse und die Nationale Befreiungsbewegung. Es sei möglich, alle drei Kräfte zum anti-imperialistischen Kampf zu vereinen.....)

- Abschnitt III bringt dann das eigentliche Aktionsprogramm: Alle Kommunisten und Kämpfer für Frieden, Freiheit und Fortschritt werden zur Aktionseinheit aufgefordert, die vor allem auf folgende 9 Punkte hinwirken soll:

1. "Das vorrangige Ziel der Aktionseinheit ist die allseitige Unterstützung des heldenhaften vietnamesischen Volkes...."
2. "Das Hauptkettenglied der gemeinsamen Aktionen der antiimperialistischen Kräfte bleibt auch in Zukunft der Kampf um den Frieden in der ganzen Welt, gegen die Kriegsgefahr, gegen die Gefahr eines Kernwaffenkrieges...."
3. "Die Verteidigung des Friedens ist untrennbar mit dem Kampf verbunden, die Imperialisten zur friedlichen Koexistenz von Staaten mit unterschiedlicher Gesellschaft zur Ordnung zu zwingen...."
4. "Es gibt keine dringendere Aufgabe, als um der Erhaltung des Friedens willen die Ausbreitung der Kernwaffen zu verhindern...."
5. Aufruf an die internationale Öffentlichkeit, "allen Völkern und Ländern, die ständige Objekte aggressiver Anschläge des Imperialismus sind, unermüdliche und aktive Solidarität zu erweisen" (u.a. der DDR, Nordkorea, Cuba und (!) der Volksrepublik China zur Wiederherstellung ihrer legitimen Rechte in der UNO
6. "Die Kommunisten bekräftigen ihre Solidarität mit dem Kampf der Völker Asiens, Afrikas und Lateinamerikas"
7. "Wir sind der Ansicht, daß man den Kampf gegen die faschistische Gefahr verstärken und den profaschistischen Vorstößen eine schonungslose Abfuhr erteilen muß....."
8. Kampf gegen die "menschenfeindliche Ideologie und

Praxis des Rassismus"

9. "Demokratisierung aller Bereiche des gesellschaftlichen Lebens"

- Abschnitt IV beschwört die Einheit der kommunistischen Bewegung nach den Grundsätzen des proletarischen Internationalismus. Die bewährten Formen der Zusammenarbeit zwischen den Bruderparteien seien zweiseitige Konsultationen, regionale Treffen und internationale Beratungen. Alle Parteien hätten gleiche Rechte. "In der kommunistischen Welt besteht heute kein leitendes Zentrum....". Die Einheit beruhe vielmehr auf solidarischen Aktionen.... Jede Partei arbeite hierbei "ihre Politik völlig selbständig aus, indem sie sich von den Prinzipien des Marxismus-Leninismus leiten läßt und die konkreten nationalen Bedingungen berücksichtigt." Die Aktion zur Einheit solle ungeachtet einiger unterschiedlicher Auffassungen stets beachtet werden.

Neben dem "Hauptdokument" wurden von der Beraterversammlung noch folgende sieben Erklärungen verabschiedet:

- "Zum 100. Geburtstag Wladimir Iljitsch Lenins"
 - "Unabhängigkeit, Freiheit und Frieden für Vietnam!"; zusätzlich
 - "Telegramm der Internationalen Beratung der Kommunistischen und Arbeiterparteien an die Provisorische Revolutionäre Regierung der Republik Vietnam"
 - "Friedensappell, angenommen von der Internationalen Beratung der Kommunistischen und Arbeiterparteien am 16.7.1969"
 - "Für den gerechten Kampf der arabischen Völker gegen die Aggression Israels"
 - "Solidarität mit den Kommunisten und Demokraten Griechenlands, die gegen die faschistische Militärdiktatur kämpfen"
 - Aufruf an die indonesischen Kommunisten
 - Solidarität mit den Kommunisten und Demokraten Haitis
4. Die Stellungnahme Pekings zu den einzelnen Beratungen, vor allem zum "Verrat der Sowjetrevisionisten" an den Beschlüssen von 1957 und 1960

Alle drei "Moskauer Beratungen" standen unter einem ungünstigen Stern. 1957 galt es, angesichts des Volksaufstandes in Ungarn die Reihen der KPs neu zu formieren, 1960 bereits hatte sich der Konflikt zwischen Moskau und Peking so sehr zugespitzt, daß die Einheit der Kommunistischen Weltbewegung gefährdet schien. Die Beratung von 1969 schließlich fand nur 10 Monate nach der Okkupation der CSSR durch Truppen des Warschauer Paktes und nur 3 Monate nach den chinesisch-sowjetischen Schießereien am Ussuri statt.

Bei allen drei Konferenzen gab es denn auch schwere Positionskämpfe zwischen den verschiedenen Teilnehmerparteien.

a) Pekings Stellungnahme zu 1957:

Auf die Moskauer Beratungen vom Jahr 1957 geht der "Erste Kommentar zum offenen Brief der KPdSU" ein, den die KP Chinas am 6. September 1963 publizierte (9). Die Erklä-

rung von 1957 habe nur zustandekommen können, nachdem zahlreiche "falsche Gesichtspunkte des XX. Parteitag der KPdSU abgelehnt" worden seien. Mao Tse-tung selbst führte bei dieser Konferenz die chinesische Delegation an und engagierte sich stark für eine den chinesischen Auffassungen angepaßte Erklärung. Im Mittelpunkt der sino-sowjetischen Auseinandersetzungen stand die Frage des Übergangs vom Kapitalismus zum Sozialismus. Die Führung der KPdSU habe in ihrem ursprünglichen Deklarationsentwurf darauf bestanden, die falschen Anschauungen ihres XX. Parteitags über den "friedlichen Übergang" in die Deklaration hineinzuzwängen. In diesem Entwurf sei nur vom "friedlichen Übergang" die Rede gewesen, der "nichtfriedliche Übergang" dagegen überhaupt nicht erwähnt worden. Die Sowjetunion habe, mit anderen Worten, den Weg der Oktoberrevolution durch den sog. "parlamentarischen Weg" ersetzen wollen, wie ihn bereits die Opportunisten der II. Internationale angestrebt hätten. Überhaupt habe die chinesische Delegation ursprünglich jeglichen Hinweis auf den XX. Parteitag der KPdSU aus der Erklärung eliminiert sehen wollen, habe sich aber dann schließlich "mit Rücksicht auf die schwierige Lage, in der sich die Führung der KPdSU damals befand", zu einem Kompromiß bereitgefunden. Die KPdSU habe den Chinesen dieses Zugeständnis freilich schlecht gedankt: In völliger Mißachtung der in der Deklaration von 1957 gemeinsam gezogenen Schlußfolgerung, daß der USA-Imperialismus der gemeinsame Feind der Völker der ganzen Welt sei, hätten sich die Moskauer Führer schon wenige Monate später mit leidenschaftlichem Eifer den US-Imperialisten zugewandt (Camp David, im September 1959!) Auch von Proletarischem Internationalismus habe aufseiten der Sowjetunion bald nicht mehr die Rede sein können. "Im Juni 1959 z.B. zerriß die sowjetische Regierung einseitig das zwischen China und der Sowjetunion im Oktober 1957 unterzeichnete Abkommen über neue Technik in der nationalen Verteidigung und weigerte sich, der VR China das Baumuster einer Atombombe und die technischen Daten zu ihrer Herstellung zur Verfügung zu stellen. Bald darauf, am 9. September, gab die Führung der KPdSU durch TASS eine übereilte Erklärung über die Vorfälle an der indisch-chinesischen Grenze ab, mit der sie sich auf die Seite der indischen Reaktionäre stellte." Etwas später hätten die Sowjets die "chinesischen Volkskommunen als in Wirklichkeit reaktionär" angegriffen. Auf der Bukarester Beratung von Vertretern der Bruderparteien (24. - 26. Juni 1959) hätten die Sowjets übelste Anti-China-Propaganda getrieben und mit Bezeichnungen wie "Dogmatiker", linke Abenteurer, Pseudorevolutionäre, Sektierer" etc. um sich gestreut. Im Juli 1960 schließlich habe die Sowjetregierung plötzlich einseitig beschlossen, innerhalb eines Monats alle in China tätigen sowjetischen Fachleute zurückzurufen, "und zerriß damit Hunderte von Abkommen und Kontrakten".

Dieses Kesseltreiben gegen China habe aber nichts genutzt, sondern nur den "großmachtchauvinistischen" Charakter der Führer der KPdSU verdeutlicht.

b) Stellungnahme zu 1960:

Auch im Zusammenhang mit der "Beratung der Bruderparteien von 1960" brachte China gegen die Sowjetunion eine

Reihe von Einwänden vor. Am Vorabend des Beginns der Beratung habe die Führung der KPdSU an die 81 Teilnehmer-Delegationen einen Brief von über 60.000 Wörtern verteilt, in dem die KP Chinas wüster angegriffen worden sei als je zuvor. In dieser "anormalen Atmosphäre" sei es zu Auseinandersetzungen gekommen, in deren Verlauf auf Betreiben der KP Chinas zahlreiche falsche Ansichten im Erklärungsentwurf der KPdSU-Führung abgelehnt worden seien, z.B.:

- Die falsche Ansicht der Führung der KPdSU, die friedliche Koexistenz und der wirtschaftliche Wettbewerb seien die Generallinie der Außenpolitik aller sozialistischen Staaten (10).
- Die falsche Ansicht der Führung der KPdSU, daß durch die friedliche Koexistenz und den friedlichen Wettbewerb eine neue Etappe in der allgemeinen Krise des Kapitalismus hervorgerufen werde.
- Die falsche Ansicht der KPdSU-Führung von der immer größeren Möglichkeit des friedlichen Überganges.
- Die falsche Ansicht der KPdSU-Führung gegen die Politik des "Einzelgängertums" der sozialistischen Länder, die in Wirklichkeit gegen die Politik der sozialistischen Staaten, sich beim Aufbau in erster Linie auf die eigene Kraft zu stützen, anrenne.
- Die falsche Ansicht der Führung der KPdSU gegen sogenannte "Cliquentätigkeit" innerhalb der Internationalen Kommunistischen Bewegung. In Wirklichkeit habe man mit solchen Caveat-Klauseln von den Bruderparteien Gehorsam dem Befehlsstab der Führung der KPdSU gegenüber gefordert und den Verzicht auf das Prinzip der Selbständigkeit und Gleichberechtigung in den Beziehungen zwischen den Bruderparteien verlangt (11).

Aber auch nach der Beratung sei die KPdSU weiterhin von der gemeinsamen Generallinie und vom Grundsatz der Einheit der Kommunistischen Weltbewegung abgewichen. Deutlich wurde dies insbesondere beim XXII. Parteitag der KPdSU im Oktober 1961, auf dem die friedliche Koexistenz als Hauptprinzip der Außenpolitik und die Möglichkeit des friedlichen Übergangs ganz einseitig betont wurde. Außerdem verurteilte der Parteitag die Richtlinie der sozialistischen Staaten, sich beim Aufbau hauptsächlich auf die eigene Kraft zu stützen (Vorwurf des "Einzelgängertums"). Schließlich kam es zum Entwurf der "absurden These" vom "Staat des ganzen Volkes" und von der "Partei des ganzen Volkes", also zu der Behauptung, daß Staat und Partei nicht klassengebunden seien. Auch habe man bei diesem Parteitag den Klassenkampf durch "Humanismus" und das Ideal des Kommunismus durch die bürgerlichen Losungen: Freiheit, Gleichheit und Brüderlichkeit ersetzt.

Aber auch sonst habe die Führung der KPdSU seit dem XXII. Parteitag nichts unterlassen, um die Geschlossenheit der Bruderparteien und Staaten zu zerstören. Die KP Chinas führte für diese Behauptung folgende 10 Argumente an:

1. Ersetzung der Deklaration von 1957 sowie der Erklärung von 1960 durch das revisionistische Programm der Sowjetunion.
2. Abbruch der diplomatischen Beziehungen mit dem sozia-

listischen Albanien.

3. Heimtückischer Angriff auf andere Bruderparteien, z.B. auf die KP Chinas, die die Partei der Arbeiter Albanien unterstützt.
4. Mehrfache Ablehnung von Vorschlägen anderer Bruderparteien, eine erneute Beratungskonferenz einzuberufen.
5. Subversive Tätigkeit der Sowjetunion im chinesischen Gebiet Sinkiangs, bei der Zehntausende chinesischer Staatsbürger in die Sowjetunion gelockt wurden.
6. Abschluß eines Abkommens zur Verhütung der Verbreitung von Kernwaffen zwischen Moskau und Washington. Dies sei ein Komplott der Sowjetunion und der USA gewesen, um ihr eigenes Kernwaffenmonopol zu erhalten und China des Rechtes zu berauben, sich Kernwaffen zur Verteidigung gegen die nuklearen Drohungen der USA zu verschaffen.
7. Komplizenschaft mit den US-Imperialisten, Kapitulation der Sowjets vor Kuba.
8. Zusammenarbeit mit den indischen Reaktionären (Wirtschaftshilfe, militärische Hilfe) und Unterstützung Indiens im indisch-chinesischen Grenzkonflikt von 1962.
9. Rehabilitierung des Tito-Regimes, die der Erklärung von 1960 widerspreche.
10. Systematische Verleumdung der KP Chinas. Die Parteitage von 5 Bruderparteien (Bulgarien, Ungarn, CSSR, Italien und DDR) seien zur Bühne für chinafeindliche Auftritte der Sowjetführer umfunktioniert worden.

Alles in allem seien die Meinungsverschiedenheiten zwischen der chinesischen und der sowjetischen Partei nur deshalb entstanden, weil die Führung der KPdSU sich vom Marxismus-Leninismus und von den revolutionären Prinzipien in der Deklaration von 1957 und der Erklärung von 1960 abgewandt und eine revisionistische, spalterische Linie in der Internationalen Bewegung eingeschlagen habe.

c) Stellungnahme zu 1969:

Die chinesische Stellungnahme zur Beratenden Konferenz von 1969 würde - dies war zu erwarten - kaum weniger scharf sein als zu den vorausgegangenen beiden Beratungen. Diesmal nämlich kam noch die besondere Atmosphäre hinzu, die mit dem Überfall durch Truppen des Warschauer Paktes auf Prag begonnen und bei den bewaffneten Zwischenfällen am Ussuri im März 1969 ihren Höhepunkt erreicht hatte. Noch ehe das Moskauer Weltkonzil zusammentrat, hatten die Chinesen bereits im Zuge ihrer neuen Anti-Moskau-Kampagne die Rohre heißgeschossen. Für den deutschen Leser wird dies deutlich, wenn er etwa die damaligen Nummern 12 bis 24 der Peking Rundschau durchblättert, die bis zum Rande mit antisowjetischen Bekundungen gefüllt sind. Peking hielt es diesmal für gar nicht wert, auf die Einzelheiten der Weltkonferenz einzugehen. Seine von Verachtung getränkte Haltung zeigte sich vielleicht am besten im Nachdruck eines Leitartikels der albanischen Zeitung "Zer i Popullit", der damit implizite zu einer eigenen Bekundung wurde: Mit der sowjetischen Aggression gegen die Tschechoslowakei hätten die Streitigkeiten, Widersprüche und der Zerfall innerhalb der revisionistischen Front einen Höhepunkt

erreicht. Auch bei ihrer eigenen Bevölkerung seien die Revisionisten aufs schlechteste angeschrieben. Sie hätten deshalb nichts nötiger als eine Bekundung der "Einheit", für die die Weltkonferenz (von den Chinesen als "Revisionistentagung" bezeichnet) nun herhalten müsse. Der jetzigen Generalkonferenz seien zahlreiche Sondertagungen, u.a. in Moskau, Budapest und Karlsbad, vorausgegangen, auf denen man mit gewaltigem Stimmaufwand die "gefestigte Einheit", die Aktionseinheit, die einheitliche Ideologie, die einheitliche Politik und die geschlossene Interessengemeinschaft beschworen habe. Gegen diese "Ritter von der Tafelrunde in Moskau" kompromißlos zu kämpfen, sie zu isolieren und sie rücksichtslos zu entlarven, sei der einzig richtige Weg zur Zerschlagung und Beseitigung des modernen Revisionismus und zum Siege des Marxismus-Leninismus (12).

Solcher ausdrücklicher Bekundungen hätte es übrigens gar nicht bedurft, um die Teilnehmer-Parteien auf Peking aufmerksam zu machen; denn in jeder Phase war das chinesische Gespenst im Konferenzsaal übergroß. Die Vertreter der KPdSU hatten bis zuletzt versucht, ihre antichinesische Haltung irgendwie zum Bestandteil der Tagesordnung zu machen. Dieser Versuch scheiterte freilich am Widerstand zahlreicher Delegationen, vor allem der rumänischen und italienischen KPs. Moskau konnte nicht einmal eine Umschreibung des Maoismus ("ultralinkes Revoluzzerum, Sektierertum, abenteuerlicher Putschismus" u.ä. in das Hauptdokument einbringen, also Ausdrücke, die leicht als Chiffre des Maoismus hätten interpretiert werden können). Es scheint sogar, daß das Gewehr einige Male nach hinten losgegangen ist; taucht doch der Ländername China in dem langen Hauptdokument nicht weniger als sechsmal auf (die Sowjetunion wird siebenmal erwähnt), und zwar jedesmal in durchaus positivem Licht: zweimal im Zusammenhang mit Formosa, "das ein integrierender Bestandteil der Volksrepublik China ist", einmal im Zusammenhang mit der "Wiedereinsetzung Chinas in seinen rechtmäßigen Platz in der UNO"; in Teil II wird vom "Triumph der Revolution in China" gesprochen, und bei der Aufzählung von dem "14 Staaten umfassenden sozialistischen Weltsystem" wird China ebenso wie Albanien in die sozialistische Völkerfamilie einbezogen! Auch die Möglichkeit eines Übergangs zum Sozialismus auf nicht-friedlichem Wege wird im Aktionsprogramm (Teil III) erwähnt, womit ein weiteres Zugeständnis an China gemacht wurde (13). Vieles spricht dafür, daß diese Formulierungen nicht wegen, sondern trotz der Sowjetunion in das "Hauptdokument" einfließen!

Gleich am 2. Konferenztag griff der sowjetische Parteichef wider alle Zusagen die chinesische Frage auf und beschuldigte die Führung der KPCh der Kriegsdrohung gegen die Sowjetunion und der "Zersetzung der kommunistischen und auch der gesamten revolutionären Bewegung von innen". Immerhin erreichte er damit, daß 60 Redner anderer Parteien in ihren Stellungnahmen die Theorie und Praxis der chinesischen Kommunisten verurteilten und daß auf der Konferenz kein einziges Wort zur Verteidigung des chinesischen Weges fiel.

Trotzdem konnte Moskau seines Erfolges nicht so recht

froh werden: Von den vier regierenden kommunistischen Parteien in Asien hatte nämlich nur die zahlenmäßig kleinste und ideologisch einflußloseste an der Konferenz teilgenommen, nämlich die Mongolische Revolutionäre Volkspartei. Es fehlten sowohl die regierenden Parteien Nordkoreas (1,6 Mio. Mitglieder) und Nordvietnams (760.000 Mitglieder), gar nicht zu reden von der KP Chinas. Auch die mitgliederstarke und einflußreiche KP Japans war dem Konzil ferngeblieben. Diese asiatische Fehlbilanz konnte auch durch die sonst zahlreich vertretenen revolutionären Bewegungen aus Afrika, dem Nahen Osten und Lateinamerika nicht aufgewogen werden. Auch mußte es auffallen, daß von den Nestoren der Kommunistischen Weltbewegung weder Mao Tse-tung noch Ho Chi Minh, noch Tito noch Fidel Castro in Moskau anwesend waren. Schon darin zeigte es sich, daß von einer Einheit des Weltkommunismus keine Rede mehr sein konnte. Maßgebend dafür war keineswegs die Höhe des Abstimmungsergebnisses; denn dieses fiel in den meisten Fällen für die Sowjetunion nicht einmal schlecht aus; entscheidend war vielmehr das Verhalten der wirklich wichtigen Parteien. Von den 14 regierenden kommunistischen Parteien nahmen ja immerhin nur 8 mit allen Rechten und Pflichten, und eine - nämlich die kubanische KP - als Beobachter an dem Konzil teil. Die Delegationen dieser 9 Parteien vertraten rd. 21 Mio. Genossen. Die übrigen 66 Parteien, die in ihren Ländern nicht an der Regierung beteiligt sind und deren Stimmen leicht gewonnen werden konnten, vertraten auf der Konferenz demgegenüber nur ungefähr 2,1 Mio. Mitglieder. Etwa ein Drittel der Parteien mit vollem Teilnehmerstatus hatten sogar weniger als 1000 Mitglieder (14). Ihre Entscheidung darf also nicht überbewertet werden! Was zählte, war Qualität, nicht Quantität!

Die Zerrissenheit des Weltkommunismus kam bei den "Beratungen" aber nicht nur in der recht ungleichgewichtigen Repräsentanz, sondern auch im Text des Hauptdokuments selbst zum Ausdruck. Bereits bei den 4 Vorkonferenzen waren 450 Änderungsanträge des ursprünglichen Textes eingebracht worden, von denen etwa 100 berücksichtigt wurden (15). Das "Hauptdokument", das schließlich zustande kam, war auf weite Strecken hin das Ergebnis zahlreicher Kompromisse, vor allem in den damals wohl brisantesten Fragen der Haltung zur Invasion in die Tschechoslowakei sowie gegenüber dem Sinokommunismus.

- Im Zusammenhang mit der CSSR-Invasion hieß es einerseits, daß die "gegenseitigen Beziehungen zwischen den Bruderparteien die Prinzipien des Proletarischen Internationalismus ..., der Achtung der Selbständigkeit und Gleichberechtigung und der Nichteinmischung in die inneren Angelegenheiten sind" (16). Andererseits hieß es jedoch, daß "die Verteidigung des Sozialismus die internationale Pflicht der Kommunisten ist" - ein Satz, der in gedanklichem Zusammenhang mit dem vorausgehenden Passus steht, in welchem es heißt: "Die Feinde des Sozialismus lassen von ihren Versuchen nicht ab, die Grundlagen der sozialistischen Staatsmacht zu untergraben, die sozialistische Umgestaltung der Gesellschaft zu vereiteln und ihre Eigenherrschaft wiederherzustellen. Die entschiedene Abwehr derartiger Versuche ist eine notwendige Funktion des sozialistischen Staates" (17). Hier schlägt also - entgegen dem Grundsatz der Nichteinmischung - doch wieder die Breschnew-Doktrin durch, allerdings

in einer fast bis zur Unkenntlichkeit abgewandelten Form.

- Im Zusammenhang mit dem Sino-Kommunismus kann Machteroberung auf nicht-friedlichem Weg - so dehnbar ist das Hauptdokument! - entweder als "Putschismus" oder aber als wesentlicher Beitrag zum Thema der Machteroberung betrachtet werden.

Nach dem Wortlaut des Hauptdokuments können solche Dissonanzen freilich durch die Aktionseinheit überwunden werden. Wörtlich: "Die Kommunistischen und Arbeiterparteien bekräftigen ihre Entschlossenheit, ungeachtet einiger unterschiedlicher Auffassungen in einer einheitlichen Front gegen den Imperialismus zu kämpfen"(18).

Immerhin mag es die Chinesen beruhigt haben, daß in dem Hauptdokument ausdrücklich anerkannt wird, daß es "in der Kommunistischen Weltbewegung kein leitendes Zentrum gibt" (19) und daß alle Parteien gleiche Rechte haben. Andererseits kam durch die siebenmalige Erwähnung der KPdSU doch zum Ausdruck, daß sie primus inter pares, d.h. "gleicher" als die anderen Parteien ist!

III. Wie steht es nun um die Chancen eines 4. Weltkonzils?

Bereits beim 3. Moskauer Weltkommunistentreffen fehlten, wie bereits erwähnt, zahlreiche asiatische Delegationen, u.a. aus Nordvietnam, Nordkorea, Japan, Indonesien, Birma, Thailand, Kambodscha, Laos, Malaysia und Neuseeland. Auffällig ist in diesem Zusammenhang, daß die KP Indonesiens, die Kommunisten der "Weißen Flagge" Birmas, die Parteien von Thailand, Kambodscha, Malaysia und Neuseeland prochinesisch sind, also ganz offensichtlich mit Rücksicht auf die China-Frage sich von dem Treffen fernhielten. Im Falle Nordvietnams und Nordkoreas sowie Japans dürfte der sino-sowjetische Streit schon aus geopolitischen Gründen als eigentliche Motivation für die fehlende Teilnahme Gewicht haben.

Die Situation ist seitdem nicht besser geworden. Vor allem trägt die Gründung zahlreicher prochinesischer KP-Gruppierungen in aller Welt ein übriges dazu bei, die heillose Verwirrung des "Weltkommunismus" noch deutlicher zu machen:

- In Asien wäre neben den bereits erwähnten kommunistischen Parteien noch auf einige "Marxisten-Leninisten" aufmerksam zu machen, nämlich auf die KP Ceylons (ML), auf die Marxisten-Leninisten Indiens, auf die Bangla-Desh-Kommunisten, auf die prochinesische philippinische KPPH (ML) und auf die australische KP.

- Auch in Lateinamerika kam es zur Gründung zahlreicher prochinesischer Parteien, die meist durch Abspaltungen oder aber in Polarisierung zu etablierten prosovietischen KPs entstanden, nämlich in Bolivien, Brasilien, Chile, in der Dominikanischen Republik, in Ecuador, in Kolumbien und Peru (20).

- In Afrika entpuppten sich vor allem die antiportugiesischen und südafrikanischen Befreiungsbewegungen als prochinesische Elemente. Im arabischen Raum berufen sich hauptsächlich die Palästinenser auf chinesische Unterstützung. Prochinesische Gruppen entstanden aber auch im Sudan, in Syrien, im Libanon, in Jordanien und im Südjemen(21).

Pekingorientierte Splittergruppen entstanden auch in Westeuropa, u.a. in Belgien, in Spanien, in der Bundesrepublik, in Frankreich etc. (22).

Die Parteien, die sich hier etablierten, waren z.T. nur kurzlebig oder blieben so isoliert, daß sie nur als "Papiertiger" gelten dürfen. Wie es um den gegenwärtigen Bestand dieser Gruppen aus chinesischer Sicht bestellt ist, wurde zuletzt verdeutlicht durch die amtliche Zusammenstellung all jener Parteigruppierungen, die zum X. Parteitag der KPCh Gratulationstelegramme entsandt hatten. An der Spitze dieser Liste stehen hierbei die regierenden prochinesischen KPs, nämlich die Arbeiterpartei Koreas, die "Partei der Werktätigen Vietnams", die "Partei der Arbeiter Albaniens" und die "KP Rumäniens". Sodann folgen die "Kleinen": "Kommunistische Partei Burmas", "Kommunistische Partei Japans"(Linke) (23), "Kommunistische Partei Australiens" (ML), "Kommunistische Partei Malayas", "Marxistisch-leninistische KP Belgiens", "ZK der Nationalen Befreiungsfront Südvietnams", "Marxistisch-leninistische Partei der Niederlande", "Sozialistische Partei Chiles", "KP Thailands", "Marxistisch-leninistische Gruppe von Finnland", "Marxistisch-leninistische Partei Österreichs", "KP Indonesiens", "Revolutionäre Kommunistische Partei Chiles", "Kommunistische Partei Schwedens", "Liga der Holländischen Marxisten-Leninisten", "Italienischer Osten-Verlag", "KP Boliviens (ML)", "KP Italiens (ML)", "KP Großbritanniens (ML)", "Marxistisch-leninistische Revolutionäre Front Italiens (Roter Stern)", "KP Deutschlands (Marxisten-Leninisten)"(Glückwunschtelegramm von Ernst Aust, dem 1. Vorsitzenden); "Jemenitische Union", "Marxistisch-leninistische KP Frankreichs", "Kommunistische Arbeiterpartei Notwegens (ML)", "Redaktionskomitee der Humanité Rouge Frankreichs", "Organisation der Kommunisten Italiens (ML)", "Kommunistische Partei Ceylons", "Kommunistische Partei von Sri Lanka (ML)", "Italienische Kommunistische Partei (ML)", "Kommunistische Partei von Honduras", "Partei der Venezolanischen Revolution" (24).

Es ist wohl zu vermuten, daß selbst die Chinesen diesen Wirrwarr von Gliederungen kaum noch klar durchblicken können. Da gibt es zwei niederländische und vier verschiedene italienische Gruppierungen, gar nicht zu reden von den verschiedenen "Verlagen" und "Redaktionskomitees", deren Charakter (verstehen sie sich etwa als KPs eigener Prägung?) kaum identifizierbar ist.

Auf die recht schwache Basis der meisten KP(ML)s macht auch die Moskauer Wochenzeitschrift "Neue Zeit" aufmerksam. Antisowjetische Tendenzen allein könnten nicht als Kitt für solche Gruppierungen dienen. Die meisten dieser Gruppen verfügten überdies über kein klares Programm und hätten nicht die Unterstützung der Arbeiter. Deshalb seien sie zum Teil in statu nascendi bereits auseinandergefallen. Charakteristisch dafür sei die fehlgestartete maoistische Gruppe in Belgien, die von Jacques Grippa geführt wurde. Diese Organisation habe sich nach Streitereien um den Anteil an den finanziellen Almosen Pekings aufgelöst. Grippa selbst, dessen wichtigste Reden - nebenbei gesagt, von den Chinesen vor allem zu Beginn der sechziger Jahre wörtlich nachgedruckt und verbreitet wurden - habe schon bald mit dem Sino-Kommunismus gebrochen. Gleichzeitig seien zahlreiche

prochinesische Organisationen in Österreich, Frankreich und anderen Ländern "auf die Seite der echten revolutionären Kämpfer übergetreten", nachdem sie das reaktionäre Wesen und die Spaltertätigkeit der Pekinger Führung in der Weltarena erkannt hätten. Auch die Selbstauflösung der maoistischen Gruppe im Libanon (März 1973) habe die fehlende Perspektive für die sog. "Maoisten" erneut bestätigt. An diesem Verfall sei aber nicht zuletzt auch die Tatsache schuld, daß die chinesische Führung aufgehört habe, ihre "anrühmigen Kontakte mit den Pro-Peking-Gruppen im Ausland" bekanntzugeben, um die Beziehungen mit den Regierungen anderer - hauptsächlich kapitalistischer - Länder nicht zu komplizieren (25).

Ob aber diese Gruppierungen nun stark sind oder schwach, einflußreich oder isoliert: in jedem Falle wird Peking - sobald die Vorbereitungen für ein viertes Weltkonzil konkretere Formen annehmen - alles tun, um den sowjetischen Bemühungen Hindernisse auf den Weg zu legen. Schon jetzt haben die Chinesen, zwar nicht expressis verbis, wohl aber - sozusagen "durch die Blume" - erkennen lassen, daß sie keiner Pro-Moskau-Partei, schon gar nicht der KPdSU, das Recht einräumen wollen, sich zum Befürworter einer solchen Konferenz zu machen. Dies wurde besonders deutlich im Zusammenhang mit Ausführungen der Hsinhua vom 9. Januar 1974 (26), die mit seltener Akribie innenpolitische Mißstände der Sowjetunion aufdeckten und damit die völlig unsocialistischen Verhältnisse unter diesem System anprangerten. Die "sowjetrevisionistische Renegatenclique - diese neuen Zaren - sitzt auf einem Vulkan. In den letzten Jahren hat sie rücksichtslos ihre faschistische Diktatur der Unterdrückung des Volkes verstärkt". Seit 1965 habe die "Breschnew-Clique" viele reaktionäre Verfügungen, Verordnungen und Erlasse zur Unterdrückung des Volkes herausgegeben, so den "Beschuß über Maßnahmen zur weiteren Verstärkung der sowjetischen Miliz", die "Verordnung über die administrative Kontrolle der Milizorganisation über Personen, die aus Gefängnissen entlassen sind", den "Beschuß über die Erziehung in sozialistischer Arbeitsdisziplin", das "Ergänzungsgesetz über Abänderungen der Grundsätze des Strafrechts der UdSSR und der Sowjetrepubliken", die "Grundsätze der gesetzlichen Bestimmungen über die Reform durch Arbeit für die UdSSR und die Sowjetrepubliken", die "Bestimmung über Vorbeugehaft", den "Erlaß über die Beschlagnahme von Feuerwaffen" und die "Grundsätze des Arbeitsrechts". Aufgrund der "Bestimmungen über Vorbeugehaft" vom Juli 1969 könne z.B. jeder Sowjetbürger willkürlich inhaftiert, gefesselt und notfalls sogar erschossen werden.

Immer mehr Polizei- und Geheimpolizei-Institutionen seien aufgebaut worden, so das "Komitee für Staatssicherheit" (das KGB) unter der unmittelbaren Kontrolle des ZK der sowjetrevisionistischen Partei und das "Ministerium des Innern" (geschaffen 1968). Die Polizei sei überdies mit immer moderneren Mitteln ausgestattet worden und habe so ein engmaschiges Bewachungsnetz über das ganze Land werfen können. Zusätzlich zu den neuen Gefängnissen seien in den letzten Jahren zahlreiche Arbeitslager geschaffen worden, in denen u.a. zahlreiche "politische Straftäter" zu leiden hätten. Es gebe z.Zt. über 1000 Arbeitslager mit mehr als einer Mio. Häftlingen. Man bediene sich auch "neuropsychischer Anstal-

ten", in denen alle jene gefoltert würden, die sich der finsternen Herrschaft der Sowjetrevisionisten" widersetzen. Wer mit der faschistischen Herrschaft unzufrieden sei, werde in eine Irrenanstalt eingewiesen, die unter der Kontrolle des Komitees für Staatssicherheit und des Ministeriums des Innern stehen. Auch würden immer wieder zahlreiche Polizei- und Militärverbände eingesetzt, um Streiks in den verschiedenen Teilen des Landes und vor allem die Selbständigkeitsbewegungen nationaler Minderheiten zu zerschlagen: Im Jahre 1972 seien von der Ukraine bis nach Mittelasien, von der Ostseeküste bis in die Gebirgskette des Kaukasus, nacheinander Kämpfe nationaler sowjetischer Minderheiten ausgebrochen (so in Kaunas in Litauen, in Tallin, Estland, in Džnepropetrowsk, Ukraine usw.).

Nie mehr seit dem "9. Kommentar zum Offenen Brief des ZK der KPdSU vom 14. Juli 1964" (27) hat die chinesische Presse innenpolitische Mißstände der Sowjetunion so scharf herausgearbeitet wie in dieser Hsinhua-Polemik. Man kann sich dem Eindruck nicht entziehen, daß Peking mit diesen Ausführungen seinem Gegner, der so verbissen an einer Verurteilung des chinesischen Kommunismus arbeitet, den Teppich unter den Füßen wegziehen will.

Aber auch auf internationalem Feld hält China der Sowjetunion einen langen Katalog von Verfehlungen vor. Die Kreml-Führer seien zu internationalen Waffenhändlern geworden (28), zu "Ölbaronen" (29) und zu Abrüstungsfeinden (30).

Auch andere kommunistische Parteien haben sich mit solchen Vorgängen in der Sowjetunion längst auseinandergesetzt. Die systematische Aufbereitung des Anlagematerials, wie es nun von China vorgenommen worden ist, dürfte die Kommunisten der Welt erneut zum Nachdenken veranlassen. Die Sowjetunion wird sich nach alledem wohl auf schwere Widerstände gegen eine vierte "internationale Beratung" der Bruderparteien gefaßt machen müssen.

Möglicherweise richtet sie sich schon heute darauf ein, daß eine solche Konferenz so lange nicht möglich ist, als die Hauptzielscheibe ihrer ideologischen Invektiven, Mao Tse-tung, noch lebt. Sollte die Sowjetunion gleichwohl in Dampfwalzenmanier ihre Wünsche nach einer neuen Kommunistischen Weltkonferenz durchsetzen können, so wäre sie noch weniger als 1969 in der Lage, das chinesische Gespenst aus den Sitzungssälen zu verbannen.

(Neben dem sino-sowjetischen Konflikt spielt übrigens - dies sei hier am Rande vermerkt - auch noch die Auseinandersetzung zwischen "Autonomisten" (eigener, "polyzentrischer" Weg zum Kommunismus) und Zentralisten (Überbetonung der allgemeinen Gesetzmäßigkeiten des Überganges zum Sozialismus) eine nicht unwichtige Rolle.)

Die chinesischen Kommunisten haben aus der verfahrenen Situation des Weltkommunismus, wie er sich vor allem bei

den "Moskauer Beratungen" manifestiert, längst die ideologischen Konsequenzen gezogen. Ihre drei "Erfahrungen" lauten folgendermaßen:

- 1. Die Geschichte der Kommunistischen Bewegung habe gezeigt, daß die Internationale Arbeiterbewegung, wie alle anderen Dinge in der Welt, sich immer wieder in zwei Teile spalte: Der "Bund der Kommunisten", später dann die I. und die II. Internationale, seien ursprünglich als gefestigte Einheiten angetreten, hätten sich dann aber im Laufe der Entwicklung aufgespalten. Diese Entwicklung war aber alles andere als schädlich: wurde doch die Internationale Arbeiterbewegung durch den daraus entstehenden Kampf gegen Opportunismus und Spaltertum im Weltmaßstab immer wieder gestärkt und auf eine qualitativ höhere Stufe gebracht. Der Sieg der Oktober-Revolution und die Gründung der III. Internationale seien die größten Errungenschaften im Kampf gegen den Revisionismus und das Spaltertum der II. Internationale gewesen. "Einheit - Kampf, sogar bis zur Spaltung - neue Einheit auf einer neuen Basis, das ist die Dialektik der Entwicklung der Internationalen Arbeiterbewegung" (31).
- 2. Den politischen und ideologischen Boden des Spaltertums bilden Opportunismus und Revisionismus. Es könne in einer bestimmten historischen Etappe durchaus vorkommen, daß die Repräsentanten des Revisionismus in der Mehrheit seien. Revisionisten wie Bernstein, Kautsky und ihresgleichen hätten beispielsweise die II. Internationale majorisiert, während die Marxisten, vertreten durch Lenin, in der Minderheit blieben. Letzten Endes aber habe dann doch die wahre Revolution unter Lenin gesiegt (32).
- 3. Die Geschichte der Internationalen Kommunistischen Bewegung habe schließlich auch gezeigt, daß sich die proletarische Einheit letzten Endes nur durch kompromißlosen Kampf gegen Opportunismus, Revisionismus und Spaltertum festigen und entwickeln könne. Eine opportunistische Strömung könne "nicht sterben, wenn man sie nicht totschlägt". Dies sei ein äußerst wertvolles Vermächtnis von Marx, Engels und Lenin und zugleich der einzig richtige Weg zur Wahrung der Einheit der Internationalen Kommunistischen Bewegung (33).

Nach ihrem Selbstverständnis hat sich die KP Chinas also keineswegs von der Internationalen Kommunistischen Bewegung abgespalten, sondern befindet sich mit ihrem revolutionären Kurs lediglich für eine bestimmte Epoche in der Minderheit. Wie Lenins Minderheit über die Revisionisten der II. Internationale siegte, so auch hofft Peking, auf die Dauer gegenüber der "Spaltertätigkeit" Moskaus die Oberhand behalten zu können. Geht man von dieser spezifischen Perspektive Pekings aus, so ist es auch unzulässig, den Chinesen "horizontale Spaltung" (34) oder aber "vertikale Spaltung" (35) des Weltkommunismus vorzuwerfen.

- 1) Näheres hierzu NZZ, 9.12.1973; FAZ, 10.12.73; IHT, 8.12.73 u. 17.1.74; NZZ, 28.12.73
- 1a) Vom 21.-26. Juni 1963 fand in Italien der Wiedervereinigungskongreß der IV. Internationale statt, die sich als identisch mit der von Trotzki gegründeten Weltpartei der Sozialistischen Revolution definiert. In ihre Erklärung vom 25. Juli 1963 griff das Vereinigte Sekretariat dieser IV. Internationalen in die sino-sowjetischen Auseinandersetzungen ein und definierte in diesem Zusammenhang nochmals die trotzkistische Position (Dokument abgedruckt in Hermann Weber, "Konflikte im Weltkommunismus, eine Dokumentation zur Krise Moskau-Peking, München 1964, S.319-327).

Hier eine kurze Zusammenfassung:

I. Der sino-sowjetische Streit sei nichts Schlechtes, sondern sogar eine gesunde Entwicklung, da er eine "freie und offene Diskussion" mit sich brachte, die in den früheren Jahren selbstverständlich war, später aber durch die Stalin'sche Sowjetbürokratie unterdrückt und in eine "Geheimdiplomatie" umfunktionierte worden war. Also Parole: "Ersetzt nicht die ideologische Diskussion durch Geheimdiplomatie! Setzt Euch für eine internationale Konferenz aller Organisationen ein, die sich zum Marxismus-Leninismus bekennen!"

Im Abschnitt II setzt sich die Erklärung sowohl mit sowjetischen wie mit chinesischen Fehlhaltungen auseinander. Richtig an der chinesischen Stellungnahme sei die Ansicht, daß "bisher alle siegreichen Revolutionen mit der Waffe in der Hand erkämpft werden mußten". Auch die vietnamesische, die kubanische und die algerische Revolution seien ein Beweis dafür gewesen. Die Tatsache, daß Chruschtschew dieser Ansicht nicht beipflichten wolle, beweise seinen Opportunismus. Insoweit also ging die Kritik der Chinesen mit der der Trotzkiisten jetzt konform. Abzulehnen sei die von der Chruschtschew-Führung gebilligte "schädliche Passivität der französischen KP während des Algerien-Krieges" und die "revisionistische Theorie der italienischen KP, daß eine kapitalistische Gesellschaft durch strukturelle Reformen und auf parlamentarischen Wege in eine sozialistische verwandelt werden könne, ohne daß man den bürgerlichen Staat stürzen und die Arbeiter und Bauern die Macht erobern müssen".

Gleichzeitig müsse man aber auch an die chinesische KP die Frage richten, wieso sie dazu komme, für eine "opportunistische Unterstützung der bürgerlichen Sukarno-Regierung durch die indonesische kommunistische Partei" einzutreten.

Im Abschnitt III geht es um die Entstalinisierungsfrage. Man müsse den Chinesen zwar zustimmen, wenn sie gegen die revisionistische Chruschtschew-Führung polemisierten. "Aber diese Kritik an der Chruschtschew-Führung ist nur gültig, wenn sie dazu dient, den sog. "Entstalinisierungsprozeß" weiterzutreiben, als Chruschtschew es tat. Diese Kritik wird jedoch unverantwortlich, wenn sie den Prozeß der Entstalinisierung selbst bekämpfen soll." Die IV. Internationale könne deswegen die Haltung der chinesischen KP in der Frage der Entstalinisierung keineswegs unterstützen. Die Sowjetunion könne nur dann wieder wahrhaft revolutionären Charakter annehmen, wenn die "politischen, sozialen und wirtschaftlichen Privilegien der Bürokratie abgeschafft und "die wirkliche Räte Demokratie auf der Grundlage gewählter Arbeiterräte wiederhergestellt" würde.

Unverständlich sei die Polemik der Chinesen gegen die jugoslawischen Kommunisten und die Bezeichnung des jugoslawischen Staates als kapitalistisch. Schließlich seien doch die Eigentumsverhältnisse in Jugoslawien die eines Arbeiterstaates, mindestens in gleichem Maße, wenn nicht mehr als im Jahre 1948, als die chinesische KP Jugoslawien noch als "ein sozialistisches Land" bezeichnete! Nehme man Lenins Thesen aus "Staat und Revolution" ernst, so müsse man doch anerkennen, daß in Jugoslawien das Bestreben,

die Funktionen des Staates weitgehend auf die Masse des arbeitenden Volkes zu übertragen, bereits relativ gut verwirklicht worden sei!

- 2) W.W. Sagladin, "Die Kommunistische Weltbewegung, Abriß der Strategie und Taktik", Frankfurt/M. 1973, S.48, Vgl. auch "Die Kommunistische Internationale", Verlag Marxistische Blätter, Frankfurt/M. 1973, S.655 + Abschnitt IV des "Hauptdokuments" von 1969 (vgl. Text II/3).
- 3) Der Text findet sich abgedruckt bei Hermann Weber, "Konflikte im Weltkommunismus, eine Dokumentation zur Krise Moskau-Peking", München 1964, S. 295-303.
- 4) a.a.O., S.297
- 5) a.a.O., S.298
- 6) a.a.O., S.299 f.
- 7) Die Erklärung ist abgedruckt bei Hermann Weber, "Konflikte im Weltkommunismus, eine Dokumentation zur Krise Moskau-Peking", a.a.O., S.304-308, und in Peking Review 1960, Nr.49/50, S.6-24.
- 8) Das Dokument ist abgedruckt in Neues Deutschland, 18.6.1969, Osteuropa-Archiv 1969, Nr.9, S. A 160-A 189, und in der Broschüre "Die Beratung der Kommunistischen und Arbeiterparteien", APN-Verlag, Moskau 1969, S.10- S.79).
- 9) "Ursprung und Entwicklung der Differenzen zwischen der Führung der KPdSU und uns", Kommentar zum Offenen Brief des ZK der KPdSU vom 6. Sept. 1963, abgedruckt in "Die Polemik über die Generallinie der Internationalen Kommunistischen Bewegung", Peking 1965, S.63-113 (fortan zitiert als: 1. Kommentar).
- 10) Die Einzelpunkte dieser Auseinandersetzungen sind erläutert in Oskar Weggel, "Der Ideologische Konflikt zwischen Moskau und Peking" in: Aus Politik und Zeitgeschichte, Beilage zur Wochenzeitung "Das Parlament" vom 11. Juli 1970 (B 28/70, S.20-32).
- 11) s. Kommentar a.a.O., S.98.
- 12) PRu 1969, Nr.24, S.11-15.
- 13) Näheres dazu vgl. Helmut König "Bitterer Lorbeer für Moskau, eine vorläufige Bilanz der Kommunistischen Weltkonferenz" in Osteuropa 1969 Nr.9, S.642-655 (647).
- 14) König, a.a.O., S.651
- 15) vgl. Kevin Devlin: "Von Chruschtschews Gipfel zu Breschnews Hügel" in West-Osteuropäische Rundschau 1969, Nr.6, S.VI/8.
- 16) Zitiert im Hauptdokument in der Broschüre "Die Beratung der kommunistischen und Arbeiterparteien", APN Verlag, Moskau 1969, S.72.
- 17) ebenda, S.38
- 18) ebenda, S.75
- 19) ebenda, S.72
- 20) vgl. u.a. E. Halperin, "Peking and the Latin American Communists", in The China Quarterly, London 1967, Nr.29.
- 21) Wolfgang Berner, "Kommunistische Parteien im arabischen Raum" in Außenpolitik 1969, Nr.4
- 22) Angaben zu den verschiedenen sino-kommunistischen Splitterparteien in Westeuropa sind gesammelt bei F.W. Schломann und P. Friedlingstein "Die Maoisten, Pekings Filialen in Westeuropa", Frankfurt/M. 1970
- 23) Beilage zur PRu Nr.37, 18.9.73
- 24) Beilage zur PRu Nr.41, 16.10.73
- 25) wiedergegeben in C.a. 73/8-ü7
- 26) NCNA, 9.1.74
- 27) Polemik über die Generallinie a.a.O. S.463 ff.
- 28) dazu Näheres C.a. 1974/1-ü12
- 29) C.a. Übersicht im vorliegenden Heft
- 30) C.a. 1974/1-ü10
- 31) Die Polemik über die Generallinie der internationalen Kommunistischen Bewegung, a.a.O., S.348 f.
- 32) ebenda, S.349 ff.
- 33) ebenda, S.352 f.
- 34) Abspaltung "marxistisch-leninistischer" Splitter von den etablierten KPs
- 35) d.h. Selbstisolierung an der Seite abgedrängter "Marxisten-Leninisten"